

14.12.2022

## Kleine Anfrage 897

der Abgeordneten Inge Blask und Julia Kahle-Hausmann SPD

### Wie positioniert sich die Landesregierung zum Thema CRISPR/CAS?

Laufende Medienberichterstattung und ein dieser zugrunde liegender Bericht der Grünen im Europäischen Parlament legen nahe, dass die Europäische Kommission im Begriff ist, den europäischen Rechtsrahmen für Gentechnik und gentechnisch veränderte Organismen (GVO) massiv zu verändern:

Zur Debatte steht eine Gesetzgebung, die mittels CRISPR/CAS hergestelltes Pflanzen- und Saatgut nicht mehr als gentechnisch verändert einstufen wird. Auch die tschechische Ratspräsidentschaft hat sich analog zum Vorstoß der Kommission für eine Deregulierung des GVO-Rechts ausgesprochen, ebenso wurden in Beratungen des Agrarausschusses der Europäischen Union derartige Vorhaben angesprochen.

Nach Angaben der Grünen-Fraktion im Europäischen Parlament gibt es einen konkreten Zeitplan und eine klare Marschroute für die neue Gesetzgebung auf EU-Ebene, beides auch im letter of intent zur State of the Union von der EU-Kommission so kommuniziert.

Diese Entwicklungen stünden dem Urteil des EUGH von 2018 diametral entgegen, welches seinerzeit den Vorrang von Verbraucher- und Umweltinteressen gestärkt hatte. Auch hier in NRW haben sich alle demokratischen Fraktionen im Rahmen der Enquetekommission V (EK V) gemeinsam zum Thema CRISPR/CAS positioniert und festgestellt, dass das Vorsorgeprinzip, die Wahlfreiheit und die Kennzeichnungspflicht im Bereich Gentechnik unumstößliche Prinzipien sind und bleiben müssen. In ihrem Koalitionsvertrag hat auch die jetzige Regierungskoalition versichert, dass GVOs abzulehnen sind.

All das scheint durch die neue Gesetzgebung gefährdet.

Vor diesem Hintergrund stellen wir der Landesregierung folgende Fragen:

1. In welchem Rahmen wird derzeit zu welchem Zweck (Produktion, Forschung, etc.) genetisch verändertes Saat- und Pflanzgut in Nordrhein-Westfalen genutzt?
2. Mit welcher Position treten die Landesregierung und die verantwortlichen Ministerien (Umwelt + Landwirtschaft) an die neuen Entwicklungen aus Brüssel heran?
3. Wie plant die Landesregierung die 2023 auf uns zukommende neue Rechtslage mit den Beschlüssen der EK V in der 17. Wahlperiode des Landtags NRW in Einklang zu bringen?

Datum des Originals: 14.12.2022/Ausgegeben: 15.12.2022

4. Wird sich die Landesregierung in Berlin für einen „opt-out“ Deutschlands stark machen, wenn die Kommission die GVO-Rechtsprechung kippt?
5. Wie plant die Landesregierung auf Länderebene die Verwendung von derartig hergestelltem Saatgut zu überwachen und daraus resultierende Produkte für Verbraucher zu kennzeichnen?

Inge Blask  
Julia Kahle-Hausmann